

Deutschland. Reichstags-Verhandlungen.

41. Sitzung vom 28. Mai.

Präsident Dr. Simon eröffnet die Sitzung um 12½ Uhr.
Am Tische des Bundesrathes: Fürst Bismarck, Staatsminister Delbrück, v. Moltke, General-Postdirector Stephan u. A.
Tagesordnung I. Dritte Beratung des Postvertrages zwischen Deutschland und Italien.

Der Vertrag wird genehmigt.
II. Zweite Beratung des von den Abgg. Dr. Eiben und Genossen vorgelegten Gesetzentwurfes, betreffend die Errichtung eines Reichs-Eisenbahnamtes.

§ 1 des Gesetzentwurfes lautet: „Zur Ausübung der dem Deutschen Reich in Bezug auf das Eisenbahnwesen zustehenden Befugnisse wird eine Centralbehörde errichtet, welche die Benennung: „Reichs-Eisenbahnamt“ erhält. Das Reichs-Eisenbahnamt hat seinen Sitz in Berlin und besteht aus einem Präsidenten und der erforderlichen Anzahl von Räten.“

Die Abgg. Eichen und Dr. Lamey beantragen als drittes Alinea hinzuzufügen: „Personen, welche bei der Verwaltung von Reichs-Eisenbahnen beschäftigt sind, können keinerlei Thätigkeit in dem Reichs-Eisenbahnamt oder für dasselbe ausüben.“

Abg. Dornburg beantragte: Al. 2 des § 1 dahin zu fassen: „Das Reichs-Eisenbahnamt ist eine ständige und collegiale Behörde, welche ihren Sitz in Berlin hat. Dasselbe besteht aus einem Präsidenten und der erforderlichen Anzahl von Räten.“

Abgeordneter Dr. Mohl spricht sich in sehr langer Rede gegen den § 1 und das Gesetz aus, welches seines materiellen und dem Geiste der Verfassung widerspreche, da nur diejenigen Eisenbahnen dem einheitlichen Leitung unterliegen sollen, welche sich auf die Landesvertheidigung und den Verkehr beziehen, nicht aber auf das gesamte Eisenbahnwesen. Das Reich sollte sich darauf beschränken für die Zweige des Eisenbahnwesens, welche seiner Aufsicht unterworfen sind, Normen aufzustellen, welche dem Bedürfnis entsprechen. Die Rede verhält zum größeren Theile unter den lautesten Privatgesprächen im Hause.

Abg. Eichen verteidigt sein Amendement. Er erkennt, daß er nicht ein Gegner des Gesetzesentwurfes sei, wie der Vorredner, daß er aber mancherlei Bedenken dagegen habe. Er ist der Ansicht, daß es besser wäre, erst ein Reichs-Eisenbahngesetz und dann das Reichs-Eisenbahnamt zu schaffen und er hat Bedenken gegen die Vorlage, weil er in dem Gesetz-Entwurf nicht ausgedrückt fände, daß das Reichs-Eisenbahnamt über die Reichs-Eisenbahnenverwaltung stehen solle. Diese Bedenken zu beseitigen, habe er seine Amendements gestellt. Die Anträge sind der Art, daß sie dem Principe des Gesetzes nicht zuwiderlaufen. Der Zusatz zu § 1 soll den Gehalten verwirklichen, daß die Behörden, welche sich mit der Verwaltung und der Aufsicht des Eisenbahnwesens beschäftigen, von dem Reichs-Eisenbahnamt getrennt werden sollen. Er empfehle die Annahme seines Antrages.

Abg. Dr. Sammachher beantragte zu dem Antrage Eichen den Eingang dahin zu fassen: „Personen, welche bei der Verwaltung von deutschen Reichs-Eisenbahnen beschäftigt sind.“

Abg. Dr. Reichensperger (Greifeld) erklärt, daß er festhalte an der Bestimmung der Verfassung. Er ist der Ansicht, daß ein solches organisatorisches Gesetz, wie das vorliegende, nur im äußersten Nothfalle aus der Initiative des Reichstages hervorgehen solle. Wofür haben wir denn den Bundesraths-Ausschuß für das Eisenbahnwesen? (Schluß folgt.)

Berlin, 28. Mai. [Amtliches.] Bei der Waisen- und Schulanstalt in Buzlau ist der Oberlehrer Kleins zum Inspector, der ordentliche Lehrer Rudolph zu Oberlehrer und dem Elementarlehrer Kargel zum ordentlichen Lehrer befördert, auch der Lehrer Wäber in Altwasser als Elementarlehrer angestellt worden. — Der bisherige königliche Eisenbahn-Baumeister Petersen in Schneidemühl ist zum königlichen Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Inspector ernannt und demselben die dortige Betriebs-Inspectorstelle bei der Ostbahn verliehen worden. Der bisherige Ingenieur Franz Ullrich zu Posen ist als königlicher Eisenbahn-Baumeister bei der Oberschlesischen Eisenbahn mit dem Wohnsitz in Ratiboritz angestellt worden. Dem Civil-Ingenieur Thiel in Breslau ist die nachgesuchte Erlaubnis zur Anfertigung genereller Vorarbeiten für eine Verbindung von Schneidemühl auf die Schneepolze erteilt worden. — Der Rechtsanwalt und Notar Köhling in Wehl ist an das Kreisgericht in Bochum, mit Anweisung seines Wohnsitzes daselbst, versetzt worden.

Berlin, 28. Mai. [Se. Majestät der Kaiser und Königin] empfing heute früh den aus Mainz eingetroffenen General-Adjutanten von Bogen und begaben sich um 10 Uhr in die Kapelle des russischen Palais, zur Betheiligung der Trauerfeierlichkeit am Sarge des verstorbenen kaiserlich russischen Militärbevollmächtigten, General-Adjutanten Grafen Rontoussoff. Nach der Rückkehr in das königliche Palais hörten Se. Majestät die Vorträge des Chefs der Admiralität, General-Kleinschmidt von Stosch, der Hof-Marschälle Graf Pückler und Graf Perschke, des Professor Lepsius und des Geheimen Cabinets-Raths von Wilmowitz. Später empfingen Allerhöchstselben den Reichskanzler Fürsten von Bismarck, sowie den neu ernannten Gesandten in Stalien von Rudel.

Se. Majestät der Königin hat gestern Nachmittag um 1 Uhr dem königlichen sächsischen Finanz-Rath und Bevollmächtigten zum Bundesrath Dörmann von Rostitz-Wallwitz eine Privat-Audienz zu erteilen und aus dessen Händen ein Schreiben Se. Majestät des Königs von Sachsen entgegenzunehmen geruht, wodurch er in der Eigenschaft eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers bei Allerhöchstselben beglaubigt wird. Als Vertreter des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten war bei dieser Audienz der Wirkliche Geheimen Rath und Gesandte von Balan zugegen. (Reichsanz.)

[Ueber die jüngsten Ereignisse in Frankreich] bringt die „Prov.-Corr.“ folgenden, bereits telegraphisch signalisirten Artikel:

„Die innere Entwicklung Frankreichs, auf welche schon seit dem vorigen Herbst die allgemeine Aufmerksamkeit gerichtet war, ist in den letzten Wochen zu einer unerwartet schnellen Wendung gelangt. Wertwärtiger Weise bildet den Ausgangspunkt der jüngsten Entwicklung und Verwirrung gerade die von patriotischer Befriedigung, gerechtem Stolz und hoffnungsreichen Ausblicken erfüllte Volksschaft, mit welcher der bisherige Präsident der Republik im November d. J. die Nationalversammlung bei ihrer Wiedervereinigung begrüßte. Herr Thiers durfte damals mit höchster Genugthuung auf die Lage des Landes, wie sie sich unter seiner Verwaltung gestaltet hatte, namentlich auf die Wiederbelebung des öffentlichen Verkehrs und Vertrauens, auf die neue Verwahrung der finanziellen Kraft und des Credits Frankreichs hinweisen, welche in jüngerer Zeit eine in der That glänzende Probe bestanden hätten, Dank der Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Ordnung, deren Vollgung die Regierung dem Lande wieder gesichert habe. Gleichzeitig aber kündigte der Präsident der Republik an, daß es nunmehr die Aufgabe sein werde, die Republik, welche als die gesetzliche Regierung des Landes bestesse, kräftig zu organisiren, ihr das wünschenswerthe und notwendige Gepräge einer „conservativen Republik“ aufzudrücken. Jede Regierung, die Bestand haben solle, müsse conservativ sein, unter einer Regierung, die es nicht sei, könne keine Gesellschaft bestehen. Die Republik werde conservativ sein oder zu Grunde gehen.“

Die hohe und zureichende Volksschaft fand in der Nationalversammlung von vornherein nicht die entschiedene Zustimmung, auf welche der Präsident rechnen zu dürfen gemeint hatte. Die rechte Seite der Versammlung, welche von den auf die monarchische Staatsform hinstrebenden Parteien gebildet wird, nahm Anstoß daran, daß die Republik als „die gesetzliche Regierung des Landes“ bezeichnet und noch mehr daran, daß das Bestreben verkündet wurde, d. h. republikanischen Staatsform Dauer zu geben. Man erkannte darin eine Verleugnung des sogenannten Uebereinkommens von Vor-

beur, d. h. der zwischen Thiers und den Führern der Mehrheit der Nationalversammlung damals getroffenen Vereinbarung, nach welcher die Entscheidung über die endgültige Staatsform in der Zukunft vorbehalten bleiben, das gemeinsame Streben dagegen zunächst darauf gerichtet sein müsse, für die Wiederaufrichtung der Ordnung im Innern und für die Befreiung des französischen Gebietes von der deutschen Occupation zu sorgen.

Für die Politik des Präsidenten Thiers war es gegenüber der Rechten in hohem Grade bedenklich, daß die demokratischen Elemente der Versammlung unter Führung Gambettas der Volksschaft des Präsidenten laut zustimmen und sich als seine Bundesgenossen hinstellen, augenscheinlich in der Hoffnung, die Republik, welche Herr Thiers als eine conservativ zu gründe gedachte, demnach ihrerseits nach ihren demokratischen Grundsätzen gestalten zu können.

Die Bestimmung der Rechten äußerte sich in einer Reihe von Anträgen, welche dem Mißtrauen gegen die innere Politik der Regierung immer entschiedener Ausdruck geben sollten. Dieselben wurden zwar schließlich immer abgelehnt oder nur in erheblich abgeschwächter, den Wünschen der Regierung mehr entsprechenden Gestalt angenommen; aber es geschah einerseits nur mit schwachen Majoritäten, andererseits nur mit Hilfe der demokratischen Linken, während die conservativen Parteien sich immer mehr der Regierung entfremdeten und sich immer fester selbstständig zu scharen suchten.

Vor einigen Monaten schien es, als sollte ein neuer bedeutender Erfolg der Politik des Präsidenten Thiers seine Stellung auch den Parteien gegenüber neu befestigen und stärken. Der Abschluß der jüngsten Uebereinkunft mit Deutschland, durch welche das Werk der Befreiung Frankreichs von der fremden Occupation der Erfüllung erheblich näher gerückt wurde, fand in ganz Frankreich eine so lebhaft anerkannte, daß dem Präsidenten auch Seitens der Nationalversammlung einmüthig der Dank des Landes bezeugt wurde.

Unter dem Eindruck der damaligen Stimmungen glaubte der Präsident der Republik zur Ausführung seiner in der Volksschaft angelegten Absicht, die Regierung des Landes auf feste, dauernde Einrichtungen zu gründen, auf die bereitwillige Unterstützung der Mehrheit der Nationalversammlung rechnen zu dürfen, und in der That war es ihm gelungen, über den hierzu einschlagenden Weg eine vorläufige Vereinbarung mit derselben zu treffen, als auf Anlaß der jüngst vollzogenen Wahlen neue tiefe Zerrwürfnisse zwischen der Regierung und der Rechten der Versammlung eintraten.

Das Blatt geht hierauf zu den jüngsten Ereignissen und der Neubildung des Ministeriums durch Herrn Thiers über und schließt nach einer Schilderung des Verlaufs der Krisis folgendermaßen:

„Die Einleitung der neuen Regierung in Frankreich, welche sich lediglich auf Grund der inneren Verhältnisse des Landes vollzogen hat, scheint die Beziehungen zum Auslande und namentlich die Erledigung der noch schwebenden Verpflichtungen Deutschland gegenüber nicht zu berühren.“

So sehr es als eine politische Grenzpflicht erscheint, gerade in dem Augenblicke, wo der bisherige Präsident der französischen Republik unerwartet seine Stellung aufzugeben genöthigt ist, nochmals auszusprechen, wie verheißend durch sein ebenso loyales als staatsmännisch umsichtiges Verhalten vor Allem dazu beigetragen hat, das Friedensverhältnis zwischen Frankreich und Deutschland an und für sich und die Ausführung desselben zu beschleunigen, — so liegt es doch der deutschen Regierung sehr, wie in dem ganzen Verlaufe der letzten Ereignisse fern, ihre Erwägungen und Wünsche in Betreff der Beziehungen zu Frankreich irgendwie auf das Gebiet der inneren Politik des Nachbarlandes auszuheben.

Unter Verhältnissen zu der neuen Regierung Frankreichs wird sich einzig und allein nach der Haltung bestimmen, welche dieselbe Deutschland gegenüber und namentlich in Bezug auf die Erfüllung der übernommenen vertragsmäßigen Verpflichtungen beobachtet. Nach den ersten Andeutungen ist zu erwarten, daß die jetzige Regierung in dieser Beziehung lediglich die bisherige Politik fortzusetzen Willens ist.

Wenn von verschiedenen Seiten theils die Hoffnung, theils die Beforgnis geäußert wird, daß Frankreich unter der neuen Regierung confessionellen Gesichtspunkten einen Einfluß auf seine auswärtige Politik einräumen werde, so mag diese Annahme sich auf die Erwägung innerer französischer Parteiverhältnisse gründen. Es ist jedoch zu bezweifeln, daß dieselben mit irgend welchem Einfluß in Betreff der Stellung Frankreichs in den Fragen der auswärtigen Politik zur Geltung gelangen sollten.

Unter allen Umständen darf Deutschland mit dem Gefühl völliger Sicherheit und Ruhe auf die neue Entwicklung der französischen Verhältnisse blicken.

[Der Schah von Persien.] Die „Provinzial-Correspondenz“ meldet: Der Schah von Persien wird nach den neueren Bestimmungen schon am Sonnabend (31.) zum Besuche am Hofe unseres Kaisers eintreffen. Die Ankunft desselben an der preussischen Grenze zu Cythuburn erfolgt am Freitag (30.) früh, in Königsberg Nachmittags um 2 Uhr. Dasselbst findet Empfang am Bahnhofe statt, von wo der Schah sich ins königliche Schloß begibt. Die Abreise von Königsberg erfolgt Sonnabend früh, die Ankunft in Kreuz, woselbst ein Frühstück eingenommen wird, um 1 Uhr, die Ankunft in Berlin auf dem Bahnhofe nach halb 6. Von da begibt sich der Schah auf der Verbindungsbahn nach dem Potsdamer Bahnhof, woselbst der feierliche Empfang stattfindet. — Auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers und Königs sollen dem Schah während seines Aufenthaltes in Preußen überall die Ehrenbezeugungen in voller Ausdehnung zu Theil werden, welche für den feierlichen Empfang und die Begleitung fremder Souveräne vorgeschrieben sind.

Wie wir nachträglich aus zuverlässiger Quelle erfahren, sind bei dem am Himmelfahrtstage auf der nieder-schlesisch-märkischen Eisenbahn vorgekommenen Zusammenstoße des Breslau-Berliner Abendzuges mit dem Zuge der Berliner Verbindungsbahn, die Gemahlin des Generals der Infanterie und Commandanten von Berlin, Frau v. Schwarzkoppen, mit ihrer zur Zeit zum Besuche hier verweilenden Tochter Frau v. Alvensleben, in augenscheinliche Lebensgefahr gerathen. Es wurde nämlich das von den beiden Damen besetzte Coupé (ein sogenanntes Halbcoupé 1. Kl. an der Bordwand des Waggons) hauptsächlich in der Mitte zermalmt, und die Damen kamen nur dadurch unversehrt davon, daß sie sich ganz nach den Seiten des Coupés wendeten und sich auf den Sitz stellten.

[Confiscation.] Von der „Germania“ ist heute nur das Beiblatt ausgegeben worden. Das Hauptblatt wurde confiscirt.

[Kriegsschädigung.] Die „Sp. Zig.“ schreibt: Wie wir aus Paris erfahren und wie übrigens Herr Thiers in seiner Rede vom letzten Sonnabend angekündigt hat, beginnen heute in Straßburg die ersten Zahlungen auf die fünfte Milliarde der Kriegsschädigung. Die Angaben der „Semaine financière“, daß die am 5. Juni fällige Rate von 250 Millionen zur Schonung des Devisenmarktes durchaus in Metall abgetragen werden soll, war nicht genau. Unseres Wissens hat die französische Regierung bei dem Berliner Cabinet bisher nur 50 Millionen in Gold und 20 Millionen in Silber angemeldet.

Österreich.

* Wien, 28. Mai. [Die Versailler Vorgänge und Österreich.] Ungemein gespannt ist man hier, wie Fürst Bismarck der Versailler Episode gegenüber Stellung nehmen wird: ja, ich möchte sagen, in Regierungskreisen hält man mit dem eigenen Urtheile zurück,

bis man weiß, wie das Ereigniß in Berlin aufgefaßt werden wird. Wenn die Sinen wissen wollen, Deutschland werde sich dem Marschall gegenüber in der Räumungsfrage weniger coulant zeigen, als gegenüber Herrn Thiers: so erinnern die Anderen daran, daß im Gegentheile die Berliner Officiellen oft mit dem Letzteren viel weniger glimpflich umgegangen sind, als mit dem Erstern. Die in Aussicht gestellte Strangulirung der Republik könne keinen Hof der Welt besonders unangenehm berühren, um so mehr, als dem Tode der französischen Republik derjenige der spanischen auf dem Fuße nachfolgen müsse. Für die genaue Einhaltung der pekuniären Verbindlichkeiten Frankreichs bürge die Occupation; wenn im Uebrigen das Land mit einem Throne und drei Präsidenten dem Bürgerkriege zutriebe, habe man in Berlin keinen Grund, das zu beklagen. Jedenfalls erkennt man in unserem Ministerium an, daß uns in Österreich die Sache vorläufig nur insoweit interessiert, als sie auf die Haltung des deutschen Reiches von Einfluß sein kann. Gleichwohl traut die Börse dem Fahren nicht; sie ließ gestern die Course wieder einen gewaltigen Sprung abwärts machen, und das mit Recht. Daß der Ultramontanismus eine ganz bedeutende Rolle bei dem Umschwunge spielt, ist ein öffentliches Geheimniß, und jeder Mensch weiß, daß der Marschall Mac Mahon ein Schürzenheld und seine intrigante Gemahlin eine Jesuitin von echtem Schrot und Korn ist. Daraus ergeben sich zweierlei Möglichkeiten als ziemlich naheliegend. Je unüberbrückbarer die Kluft zwischen dem die Sache der religiösen Freiheit vertretenden Deutschland und den romanischen Stämmen, die unter dem Jesuitenjoch schwachen, wird, desto näher rückt die Möglichkeit eines Revanchekrieges. Und je ausgiebiger das Banner des letzteren mit Beltrauch gesättigt ist, desto gewaltiger und hoffnungsvoller wird das Drängen unserer Concordatler und Verfassungseinde werden, Österreich von Deutschland abzudrängen und die Hohenwart'sche Politik zu machen. Für dies Project wird selbst Andraß zu gewinnen sein, wenn man ihm begreiflich macht, daß dies der einzige Weg für Ungarn ist, um Vergeltung für Vilagos zu üben. Vor der Hand ist man hier sehr vorsichtig. Die officielle „Wiener Abendpost“ nennt das Versailler Ereigniß „eine Katastrophe“. Der „Volksfreund“, Kauscher's Organ, verurtheilt dasselbe nachdrücklich. Das feudale „Vaterland“ begreift nicht, wie ein Mont bei drei Prätexten denken darf. Die liberalen Journale machen aus ihrem Stel vor den Raubbuben der Rechten kein Hehl — erkennen aber ebenso deutlich, daß die Republikaner Nullen sind, die solchen Gesellen mit gesetzlichen Mitteln das Handwerk legen wollen und, wie am 2. December 1851, zur Ruhe und Ordnung mahnen, während man sie absperrt. „Spanische Zustände“, das ist der Refrain der meisten journalistischen Urtheile.

Schweiz.

Bern, 24. Mai. [Zur Bundesrevision.] Wie man von kompetenter Seite versichert, wird die Beratung der Bundesrevision von der Bundesversammlung erst in einer außerordentlichen Session im Laufe des nächsten Herbstes aufgenommen werden und nicht in der ordentlichen Juli-Session. Bei den vielen laufenden Geschäften, welche sich auf der Tractandenliste befinden und im Juli notwendiger Weise erledigt werden müssen, ist dies nicht anders möglich und im Interesse der Sache selbst auch das Vorzuziehende. Daß das Revisionswerk diesmal auch beim Volke durchgehen werde, erscheint übrigens schon jetzt so gut als gewiß. Nicht nur, daß die antirevisionistischen Stimmen in der Presse — natürlich abgesehen von den ultramontanen Organen — von Tag zu Tag kleinlauter werden, macht sich unter der Bevölkerung der am 11. Mai vorigen Jahres auf Seiten der Verwerfenden gefandenen Cantone Waadt und Gené, welche an jenem Tage den Ausschlag gaben, eine bedeutende zu Gunsten der Revision veränderte Stimmung bemerkbar. Art. 1 der von der Delegirten-Versammlung der schweizerischen Volksovereine vorgestern in Olten angenommenen Statuten lautet: „Der schweizerische Volksoverein bezweckt die Durchführung einer Bundesrevision, welche die nationale Kraft und Würde der Schweiz heben, die Rechte und Freiheiten der Bürger vermehren, die cantonalen Schranken im Verkehrs- und Rechtsleben beseitigen und den dringenden Bedürfnissen der Gegenwart auf den verschiedenen Culturgebieten des Volkes Rechnung tragen soll. Mit solchen Tendenzen müssen sich die Liberalen sowohl der deutschen als der französischen Schweiz einverstanden erklären, und da diese vor der Hand noch die Mehrheit bilden und Dank den jüngsten Annahmen Romas an eine Allianz der Liberalen der französischen Schweiz mit den Ultramontanen wie vor dem 12. Mai v. J. nicht mehr zu denken ist, erscheint, wie bereits bemerkt, dem neuen Revisionswerke die Sanction des Volkes schon jetzt gesichert.“

[Betreffend den neuesten Conflict der walliser Regierung] mit dem Bundesrath in Sachen der Versteigerung der Eigne d'Italie vernimmt man, daß die erstere zum Nachgeben geneigt sei. Jedenfalls ist das das Beste, was sie thun kann. (R. Z.)

Spanien.

Madrid, 23. Mai. [Die Armee des Don Carlos.] Die neuesten Mittheilungen der amtlichen Zeitung über den Carlistenkrieg sind in sofern bedeutsam, als in ihnen zuerst der große Umfang zugestanden wird, den die Armee Don Carlos angenommen hat. Sie räumt jetzt ein, daß Dorregaray an der Spitze von 5000 Mann steht, womit er am 20. d. über la Ullama in das Baztantal marschirte, — seitdem hat er mit Ollo und Lizaraga dieses Thal wieder verlassen und ist auf dem Marsche nach Puerto — während andere Carlistenscharen in der Gegend von Elizondo und Zubiri mit dem Einsammeln der Steuern beschäftigt waren. Doch, heißt es weiter, ist mit seiner Bande in Arguinari, Mendizabal in Schant eingedrückt. Von den Regierungstruppen befanden sich zwei starke Abtheilungen in Eleja und in Gorritin; eine andere war aus Empunoa nach Araoz marschirte, um die Bande Santa Cruz anzugreifen, welche nach eben eintreffender Mittheilung bei Eleja gefangen wurde. Das Bataillon Alba de Tormes hat die vereinigten Scharen Velasco und Bernabes, 800 Mann, in Penas de Bisserraga geschlagen. Dem General Nouvilas, Befehlshaber der Nordarmee, scheint man es in Madrid übel zu nehmen, daß er mit seinem berühmten Plane der convergirenden Märsche noch nichts ausgerichtet hat. Nach dem „Tiempo“ hatte der Minister-Präsident Figueras eine Unterredung mit dem General Turon, dem das Commando anvertraut werden sollte; doch wird andererseits bemerkt, daß Nouvilas, der bekanntlich auch Kriegsminister ist, den Oberbefehl abgeben werde, wenn man ihn auch bald wieder einmal in Madrid erwartet. Jetzt spricht man wieder von einem bevor-

stehenden Zusammenstoße der Armee mit der Hauptmacht der Carlisten. Mit den Truppen, die jetzt im Norden stehen, müßte übrigens ein tüchtiger General wohl im Stande sein, die Carlisten zu Paaren zu treiben oder, was nöthiger ist, sie zwingen, Stand zu halten, um ihnen endlich einmal einen tüchtigen Stoß beizubringen. Verfolgen allein hilft nichts; es gilt, durch geschickte Dislocation der Truppen die Flüchtigen in ein Netz zu jagen. Wenn das im gebirgigen Lande auch schwer ist, unmöglich sollte es doch bei einer geschickten Oberleitung nicht sein.

[Ueber die Ereignisse in Sanahuja] sagt die amtliche Zeitung einfach: „Die von den Truppen in Sanahuja erlittenen Verluste sind zwei Cavalleristen und sechzehn Freiwillige todt, ein Oberstleutnant verwundet, vier Officiere und zwischen dreißig und vierzig Soldaten mit vierzig bis fünfzig Pferden gefangen. Der Feind verlor vier Tode und sechzehn Verwundete, darunter den Führer Camps.“ Daß die 16 Freiwillige als Gefangene erschossen worden seien, wird gar nicht erwähnt; und auch in einer ganzen Anzahl von Briefen aus Gervera und Lerida findet sich keine Andeutung einer solchen Gräueltthat, wie sie durch Gerüchte Anfangs verbreitet worden war. In einigen Mittheilungen heißt es nur, die Carlisten hätten keinen Pardon gegeben, was sich aber auf den eigentlichen Kampf bezieht. Gerüchte jener Art finden allerdings leicht Glauben, da die Carlisten durch die wilde Art ihrer Kriegsführung ihnen den Boden vorbereitet haben.

[Zugang aus Frankreich.] Die „Gaceta Popular“ entlehnt einer carlistischen Quelle die Angabe, daß zwölf junge Leute der vornehmsten legitimistischen Familien Frankreichs vollkommen bewaffnet und prächtig beritten nach Spanien übergetreten seien, um in der carlistischen Armee zu dienen.

[In Barcelona] ist man eifrig mit der Bildung des Landsturms beschäftigt. Fabrikanten und sonstige Gewerbetreibende erklären sich bereit, auf ihre Kosten sich selbst und ihre Arbeiter auszurüsten und selbst den Sold zu zahlen. Der republikanische Cirkel hat einen Landsturm-Ausschuß eingesetzt und stellt selbst ein ganzes Bataillon.

[Verwüstung der Besitzungen des Herzogs von Wellington.] Einigen Zeitungen zufolge soll ein Haufen von 400 Leuten in die zu Illora bei Granada gelegenen prachtvollen Besitzungen des Herzogs von Wellington eingedrungen sein und schöne Drangepflanzungen und Wiesenanlagen zerstört haben. Der Vertreter des Herzogs in Madrid begab sich auf die Nachricht davon sogleich zum Minister des Innern und brachte hierauf beim britischen Gesandten seine Klage vor. Der Minister des Innern hat jedoch bekannt werden lassen, daß von einer Verwüstung nicht die Rede sein könne. Eine socialistische Partei habe sie nur bedroht und eine Petition an die Cortes gerichtet, daß die Besitzungen nicht in den Händen eines Ausländers bleiben, sondern unter den Nachbarn vertheilt werden möchten. Schöne Petitionen das, selbst wenn die Theilungslustigen sich darauf berufen sollten, daß der Staat dem Herzog die Güter geschenkt hat — die Cortes in Cadix hatten dem Befreier Spaniens eine Dotation mit denselben gemacht! Die Regierung hat unterdessen Anstalten getroffen, das Besitzthum vor einem Angriff zu schützen.

Madrid, 24. Mai. [Ueber den General Novillas] laufen wieder allerlei Gerüchte um; nach den Einen soll er sich den Carlisten verkauft haben, nach den Anderen mit einigen alfonsoistischen Generalen in Unterhandlung stehen, und von dritter Seite verächtlich man ihn, einen militärischen Hand- und Staatsfisch im eigenen Interesse oder für die Unversöhnlichen im Schilde zu führen. Daß die Angaben sich so scharf einander gegenüberstehen, läßt wohl auf ihre Grundlosigkeit schließen; doch muß allerdings das Verhältnis zwischen ihm und der Regierung nicht das beste sein. Sein Vorgänger im Kriegs-Ministerium, General Acosta, soll zu seinem Nachfolger im Ober-Commando der Nordarmee bestimmt sein.

[In Verga,] welche Stadt vor einiger Zeit wegen der an ihr verübten carlistischen Brandstiftungen so viel genannt wurde, giebt sich jetzt ein meuterischer Geist unter der Befragung kund; die Soldaten liefen durch die Straßen, schossen ihre Gewehre ab und riefen aus, daß sie ihren Obersten los sein wollten. Die Offiziere und einige Mitglieder des Gemeinderathes leisteten dem Bedrohlichen in seiner Wohnung Gesellschaft, bis sie die Ruhe für gesichert hielten. Aus Rufanes und Baga wurden andere Truppen herbeigerufen, um die Meuterer zu bändigen. Es scheint also, daß der Generalcapitän Belarbe trotz seiner energischen Maßregeln die Subordination in der catalanischen Armee noch nicht ganz hat herstellen können.

[Ueber eine Unterredung mit Don Carlos] berichtet ein Correspondent der „R. Z.“ aus Bayonne Folgendes:

„Im Garten spazierend und von General Elio begleitet, kam er (Don Carlos) mir entgegen, ließ mich mit der größten Freundlichkeit willkommen und küßte gleich ein Gespräch an, während dem er beständig die unheimliche Cigarette rauchte. Don Carlos ist ein hoher, schlankgewachsener Mann von fast sechs Fuß Größe. Er trägt einen dichten Bart, und sein erstes Erscheinen macht durchaus einen angenehmen Eindruck, der durch seine Bescheidenheit und ein fast weibliches Lächeln noch erhöht wird. Er fragte mich: welche Meinung ich von den Carlisten hege, und da meine Antwort eine günstige war, schen er höchst zufrieden zu sein. „In den sämtlichen baskischen Provinzen“, sagte Don Carlos, „das heißt in Navarra, Alaba, Guipuzcoa, Biscaya und Logroño werden Sie finden, daß die Bevölkerung ganz besonders durch und durch carlistisch ist. Sie müssen, um diese That-sache zu erklären, bedenken, daß im dreizehnten Jahrhundert diese Provinzen, die bis dahin eine vollkommene Selbstverwaltung besaßen, sich mit der Krone Carlissens vereinigen unter Zustimmung seitens der Krone aller ihrer bisherigen Privilegien, unter anderem des Rechtes der Lokalverwaltung durch gewisse vom Volke erwählte Deputirten, und so fort. An diesen Bestimmungen und Traditionen hängt das Volk fest, und deshalb können sie sich nicht an eine Republik gewöhnen, die alles über einen Leisten schlägt. Nur die Monarchie kann und muß alle diese Privilegien wahren; und welche Monarchie, welche Dynastie das Volk in diesen Provinzen verlangt, wissen Sie selbst.“ „Darüber läßt sich gar nicht streiten“, erwiderte ich, „aber wie steht es mit der übrigen Bevölkerung Spaniens?“ „Darüber will ich Ihnen ganz aufrichtigen Aufschluß geben“, fuhr Don Carlos fort. „Die Bevölkerung der größeren Städte ist zweifelsohne republikanisch gesinnt; doch ist dieser Republikanismus zum größten Theil kein selbstständiger, sondern nur ein künstlich eingepflanzter, hervorgerufen und unterhalten durch die unruhigen Geister der Communalen, Internationalen und Socialisten, die aus Frankreich in Spanien eingewandert sind. Es ist nur den Anstrengungen solcher von allen Parteien geachteten Männer, wie Figueras und Castelar, die ich ebenfalls hochachte, zu verdanken, daß die Republik nicht schon jetzt in anarchische Krimmerien gefallen ist. Die Landbevölkerung ist in den übrigen Theilen Spaniens entweder gleichgültig — jedoch zum Carlismus geneigt — oder geradezu carlistisch. Nur in Galicien finden Sie eine größere Anzahl Alfonsoisten, die hauptsächlich unter den höheren Offizieren der Armee vertreten sind. Sie werden verstehen, daß der Hauptzweck der Alfonsoisten im gegenwärtigen Augenblick die Fortdauer des Bürgerkriegs ist, damit, wenn der Sohn der Königin alt genug geworden und das Land vom Krieg und von Unruhen erschöpft ist, sie es leicht finden möchten, ihn auf den Thron zu setzen. Dabei darf auch das uneigliche Wesen der Republikaner nicht vergessen werden, die sich in Föderale und Unitarier zertheilen. Meiner Ansicht nach — und für die baskischen Provinzen kann ich einstehen — ist die einheitliche Republik in Spanien ganz unmöglich; denn der Charakter der verschiedenen Provinzen ist ein so abweichender, einer von andern, daß, wie ich schon gesagt, es unmöglich ist, sie über einen Leisten zu schlagen. Soll eine Republik in Spanien gebildet werden, so kann diese nur eine bundesstaatliche sein, und dagegen, glaube ich, werden alle Mächte Europas ihr Abgleich anstrengen.“ „Hier“, fuhr Don Carlos fort, nachdem er aus der Brieftasche ein Papier gezogen, haben Sie eine Depesche, die Hr. Xhiers seinem Gesandten in Madrid kürzlich sandte. Sie sehen, er sagt, daß er, der Gesandte, sein Möglichstes thun soll gegen die Carlisten; daß er, Hr. Xhiers, nicht alles thun kann, was er thun möchte; denn Eng-

land und Rußland seien den Carlisten günstig, obgleich, auf der andern Hand, er glaube, daß Deutschland eher die Republik begünstige. Ich aber zweifle nicht an dem endlichen Siege meiner Waffen“, schloß Don Carlos. „Aber“, bemerkte ich, „wenn Alles so zu Gunsten Eurer Majestät steht, wenn die Republikaner so uneinig und unter sich zerfallen sind; wenn die Alfonsoisten nur einen kleinen Bruchtheil der Bevölkerung ausmachen, und wenn die ganze Bevölkerung auf dem Lande carlistisch gesinnt ist, warum entschließt sich Eure Majestät nicht sofort als Hauptführer ins Feld zu ziehen und auf spanischem Grund und Boden den Stand zu nehmen?“ „Weil man es mir nicht erlaubt. Ich werde hier vollkommen als Gefangener gehalten. Meine Minister, meine Generale behaupten alle, daß der Augenblick dazu noch nicht gekommen ist. Nicht eher soll ins Feld ziehen, bis 10,000 Mann und die nöthigen Kanonen zu meinem Empfange bereit stehen. Schmerzlich, wie dieser Entschluß nun ist, kann ich nicht umhin, die Nichtigkeit desselben einzusehen. Auch habe ich allen Grund zu hoffen, daß in aller Kürze diese Bedingungen erfüllt sein werden. Sie wissen aber kaum gegen welche Schwierigkeiten ich zu kämpfen habe. Die feindliche Stellung der Franzosen — oder vielmehr des Hrn. Xhiers — ist unerhört. Er erkennt die Republik nicht an, doch kämpft er ununterbrochen dafür. Er hat von uns nichts zu fürchten, doch betrachtet er uns als seine schlimmsten Feinde. Und warum? Weil er fürchtet, daß das Glück der Legitimisten in Spanien nur das Vorpiel zum Glück der Legitimisten in Frankreich sein würde. Als ob die zwei Sachen aus irgend einer bedeutenden Weise zusammenhängen! Was meine Partei an der Spitze der spanischen Regierung für die französischen Legitimisten thun kann, das kann sie auch im Eil thun. Und „vice versa.“ „Doch“, bemerkte ich, „meiner Ansicht nach schadet der Sache Ihrer Majestät nichts so sehr, als die öffentliche Meinung in England und Deutschland, daß der Carlismus und die unbefruchtete Macht der Priesterschaft identisch sind.“ „Ja, ich weiß es“, sagte Don Carlos; „man denkt, daß ich die Inquisition und Gott weiß was noch einführen werde. Ich aber werde der Geistlichkeit nie gestatten, aus ihrem Gebiet zu treten. Den legitimen Einfluß der Kirche kann und werde ich nie bestreiten. Doch über diese Schranke hinaus, erlaube ich ihr nicht zu treten. Und diesen legitimen Einfluß wird die katholische Kirche immer über ihre Befenner ausüben, mag nun die Regierung monarchisch oder republikanisch sein.“ Damit gab der König zu verstehen, daß die Audienz zu Ende war. Mit großer Freundlichkeit gab er mir die Hand, und sagte: wie sehr es ihn freute, daß der Correspondent eines so geachteten Blattes, wie die „Röln. Ztg.“ mit eigenen Augen den Gang der Sachen verfolgte. Darauf verabschiedete ich mich mit dem Eindrucke, daß, wenn Don Carlos auch kein glänzend hervorragender Geist sei, er es doch ehrlich meine.“

Portugal.

Dporto, 17. Mai. [Ministerielles. — Finanzielles.] Das Ministerium Fontes Pereira de Mello, schreibt man der „R. Z.“, hat sich trotz der Anstrengungen der Opposition, es während der letzten Cortes-Sitzung zu stürzen, am Ruder erhalten. Unter seiner Leitung erfreut sich das Land einer andauernden Ruhe, die einen scharfen Gegensatz zu den anarchoischen Zuständen in unserem Nachbarlande bildet. Die Finanzen Portugals sind geordneter, als sie es seit langen Jahren waren. Das Deficit beträgt, wenigstens nach der Aufstellung des Ministeriums, nicht über 700 Contos de Reis (ungefähr 1,035,000 Thaler); doch wird es diese Summe wohl in Folge der Einberufung der Reserven und der damit verknüpften Kosten übersteigen und auf zwei Millionen Thaler anschwellen. Einflüßig der Reserven hat Portugal augenblicklich 27,000 Mann unter den Waffen, welche zum Theil nach den Grenzfestungen detachirt sind. Bis jetzt haben wir wenig von den Unruhen in Spanien zu leiden gehabt, der Handel hat sogar seit 1871 ein wenig zugenommen, denn die Zoll-Einnahmen des Landes betragen vom 1. Juli 1871 bis zum 14. April 1872 6,425,000 Reis und vom 1. Juli 1872 bis zum 14. April 1873 7,322,000 Reis. Was spanische und französische Zeitungen von den republikanischen Tendenzen, die sich hier bemerkbar machen sollen, schreiben, ist auf ein sehr bescheidenes Maß zurückzuführen, auch hat die Arbeiterbewegung hier zu Lande nur wenig Anklang gefunden. In Dporto verließen zwei Striktes der Tabakarbeiter auf ziemlich harmlose Weise. Die ultramontane Partei, im Bunde mit den Ueberresten der Miguelisten, macht neuerdings Anstrengungen, größeren Einfluß im Lande zu gewinnen, und hat hier einen katholischen Verein und ein reactionäres Winkelblatt gegründet. Die Bevölkerung der beiden größeren Städte des Landes hält sich diesen Bestrebungen gegenüber jedoch sehr indifferent, nur in Braga ist es zu clericalen Kundgebungen gekommen.

[Aus den portugiesischen Colonien] läßt sich wenig berichten. In Angola ist auf den Gouverneur Forta eine Art Attentat verübt, indem er bei nächtlicher Weile auf der Straße angefallen und durch Stöße schwer verwundet wurde. Man schreibt dieser That rein persönliche Triebfedern zu, doch rief die Regierung den Gouverneur zurück und sandte am 16. Februar die Corvette Sagres mit einem neuen Gouverneur nach Loanda. Der Krieg gegen die Dembos-Neger ist durch einen zweifelhaften Frieden zum vorläufigen Abschluß gelangt. Die Provinz Mozambique ist durch eine englische Dampferlinie, die in zwei Häfen des Landes anlegt, dem Welilverkehr näher gerückt; von dem Fagenerie Lourenco Marques baut eine englische Gesellschaft eine Eisenbahn nach der benachbarten Transvaalischen Republik. Portugiesisch-Indien ist von Räuberbanden heimgesucht; in Macao ist ein Conflict zwischen dem Gouverneur und einem Zeitungs-Redacteur endlich beigelegt, und aus der vernachlässigten Colonie Timor laufen wie gewöhnlich Klagen über schlechte Verwaltung ein.

Sien.

Songkong, 2. April. [Regierungsantritt des Kaisers. — Bestehungen. — Der gelbe Fluß. — Beziehungen zum Ausland, besonders zu Japan.] Die Kaiserin-Mutter und die Kaiserin-Mutter, sind von der Staatsregierung zurückgetreten. Der junge Kaiser, schreibt man der „R. Z.“, hat am 23. Februar die Regierung selbstständig übernommen. Zu diesem Tage haben die beiden verwitweten Majestäten ihren Sohn mit einer Staatsdenkschrift beschenkt, worin sie ihn ermahnen, in die Fußstapfen der erlauchten Vorfahren zu treten und das Land nach den Ordnungen des Himmels zu regieren, damit das Volk in Glück und Frieden lebe. Der junge Kaiser hat jedenfalls eine verantwortungsvolle Stellung angetreten, und Vieles liegt vor, was durch ihn geordnet werden soll. Das Gerichtswesen ist in verrottetem Zustande; die Staatsregierung bringt fast täglich Berichte über Bestechlichkeit und Vergewaltigungen von Seiten der Madarinen. In China heißt es auch: „Der Himmel ist hoch und der Kaiser ist weit“; das System der Bestechungen ist in Blüthe. Es wird kaum gelingen, Gerechtigkeit in China zu üben, so lange die Gefäße so gering sind und so lange öffentliche Aemter meistbietend verkauft werden. Die zweite Noth ist die Ueberschwemmung des gelben Flusses. Zahllich treiben die traurigsten Scenen wieder. Das Wasser vom Innern im Norden und Nordwesten Chinas sucht sich seine Auswege zur Küste nach allen Richtungen, da man lange Jahre hindurch das Bett des gelben Flusses hat versanden und die Canäle versinken lassen. Es ist bereits beschlossen worden, Sachverständige an Ort und Stelle zu senden, die darüber Bericht erstatten sollen, ob der gelbe Fluß in sein altes Bett zu leiten oder was sonst zu thun sei. Aber, wenn der Kaiser nicht energisch und selbstständig dieser Noth sich annimmt, so wird sie nicht wohl gehoben werden können. Das erfordert Geld und Kräfte, besonders gebildete Ingenieure. Die hat China nicht, und wenn der Kaiser der Abhülfeungslosigkeit huldigen sollte, so wird er auch gegen die Anstellung von künftigen europäischen Ingenieuren sein. Es wird sich nächstens zeigen, wie er den europäischen Gesandten gegenüber sich benehmen wird und ob letzteren ein Feld für ihre guten Rathschläge eröffnet wird. Am Tage der Thron-

besteigung wurde dieses Ereigniß den fremden Gesandten durch das Ministerium angezeigt. Am folgenden Tage (24. Februar) richteten die Gesandten Englands, Deutschlands, Rußlands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten eine Collectivnote an den Prinzen Kung, den Chef des Ministeriums, worin sie ihn ersuchten, den Kaiser zu bewegen, daß er ihre Glückwünsche persönlich in Empfang nehme. Eine Antwort erfolgte nicht sofort, und die chinesischen Minister in ihrer schlauen Weise suchten zunächst andere Vortheile zu erlangen, ehe sie in der Audienzfrage ihren Standpunkt aufgeben wollten, denn sie während der letzten Zeit der vorrumschafflichen Regierung so fest eingenommen hatten. Besonders dem französischen Gesandten Grafen Toffroy gegenüber kamen sie immer wieder auf ihr vorjähriges Memorandum gegen die römisch-katholischen Missionen zurück. Gerade jetzt sollen die Missionare Roms bedeutende Fortschritte in der Provinz Schensi und der Provinz-Hauptstadt Siganju machen. Ueber das Hin und Her der Verhandlungen läßt sich noch nichts Bestimmtes melden, jedenfalls ist die telegraphische Nachricht verbürgt, daß die Audienzfrage im Prinzip zugestanden ist. Auch wird von den fremden Gesandten nicht verlangt, daß sie mit einem Fußfall dem Kaiser nahen. Die zu beobachtende Etiquette bildet jetzt den Gegenstand der Besprechungen zwischen den Gesandten und den Ministern. Der Zeitpunkt der ersten Audienz wird erst dann festgesetzt werden, wenn die Vorfragen erledigt sind. Inzwischen hat der junge Kaiser eine religiöse Vorschrift zu erfüllen. Er wird im April in die Mongolei reisen zu den Kaisergräbern der jetzt regierenden Yin-Dynastie, dort die kaiserlichen Ceremonieen und Gebete den Geistern der Ahnen darzubringen. Mehrere Hundert Arbeiter sind beschäftigt, die Heerstraße auszubessern und zu erweitern. — In Peking hat ein kleines Ereigniß Anlaß zu manchen Reden unter kleinen und großen Diplomaten gegeben. Herr Man, ein Engländer, ritt auf der Hauptstraße, als ein Trupp Reiter ihn einholte, in dessen Mitte Prinz Tun, ein naher Verwandter des Kaisers und mit ihm im selben Alter, sich befand. Während der Engländer höflich an die Seite ritt, um den Trupp passieren zu lassen, sprangte der Prinz aus dem Gefolge ebenfalls an die Seite der Straße und machte mit einer Verbeugung dem Fremden klar, daß er eben auch höflich sei. Da er von dem Engländer eine Antwort auf Chinesisch empfing, so freute der junge Prinz sich sehr und unterhielt sich mit ihm, bis ihre Wege sie trennten. Was die Onkels und Tanten in der innern Kaiserstadt, welche die Provinzen selten verlassen dürfen, dazu gesagt haben mögen, läßt sich leicht denken, aber andererseits schließt man daraus, daß die jüngeren Glieder der kaiserlichen Familie nicht alle einen mündlichen Verkehr mit den Barbaren so verabschauen, wie die Minister die Gesandten glauben machen möchten, und daß die Audienzfrage dem Kaiser nicht unangenehm sei. Die Chinesen blicken mit Staunen und Bewunderung auf das Verhältnis, in welches Japan zu Europäern und Amerikanern getreten ist. Sie sehen, wie dort der Handel und Wohlstand sich hebt und ein Einfluß von dort scheint sich bemerkbar zu machen. Zunächst wird den Gesandten die Audienz gewährt und damit tritt der Kaiser aus seiner verborgenen Stellung hervor. Dann, so heißt es, werde der Kaiser kleine Reisen unternehmen, um sich vom Zustande des Landes zu überzeugen. Der Mikado bewege sich allerdings etwas zu frei unter festem Volke; das zerstöre den Begriff der Heiligkeit und Majestät. Das dürfte soll die Nachahmung der Einführung von Eisenbahnen sein. Ob von Tientsin nach Peking oder von Schanghai nach Wufung, sei noch unentschieden. Auch die regelmäßige Haltung, welche Japan nach außen einnimmt, verleihe ihren Eindruck auf China nicht. Prinz Kung hat zwar den Dank der chinesischen Regierung nach Jeddo gesandt für die Handhabung internationaler Rechte bei der Befreiung der Kulis von dem peruanischen Schiffe „Maria Luz“; aber Japan fragt dagegen, was China gethan habe, als es vernommen, daß die Wilden auf Formosa ein gestrandetes japanisches Schiff zertrümmert und gestohlen und die Mannschaft erschlagen hätten. Da China bisher vorgegeben habe, die Wilden nicht strafen zu können, so erbittet sich Japan die Erlaubnis einer Expedition nach Formosa. Japan hat auch einen Streit mit Korea, dessen König Basal des Kaisers von China ist. Japan verlangt gänzliche Neutralität Chinas für den Fall, daß der Streit mit Korea nicht friedlich beigelegt werde. Zu diesen Verhandlungen hat Prinz Kung seine Mitwirkung angeboten; aber Japan scheint der chinesischen Politik nicht zu trauen. Es hat jetzt einen Gesandten ernannt, um in Peking energisch aufzutreten; als erster Secretär steht ihm General Legendre (früher amerikanischer Consul in Amoy) zur Seite, der ein erfahrener Beamter ist. — Herr Kaufmann A. Gimble ist als deutscher Consul in Hongkong zurückgetreten. Vice-Consul Frensborg in Canton hat vorläufig das deutsche Consulat in Hongkong mit übernommen, bis ein neuer Consul ernannt sein wird.

Amerika.

Newyork, 6. Mai. [Die Abberufung des amerikanischen Gesandten in Japan] wurde mit Veranlaß durch dessen wiederholtlich vorgekommenen Ungehorsam gegen seine Instruktionen. Der Gesandte, Charles E. Delong, hat mehrmals Gesandte dem Mikado gemacht, und als dies der Regierung zu Ohren kam, wurde dem Gesandten bemerkt, daß dies amerikanischen Gesandten ausdrücklich in den allgemeinen Instruktionen verboten sei und daß einem Souverän Gesandte nur durch dessen eigenen Gesandten gegeben werden dürfen. Der Gesandte richtete sich jedoch nicht nach diesen Winken, und es wurde endlich beschlossen, ihn seines Postens zu entheben. Der Nachfolger ist noch nicht ernannt.

[Zur Durchstechung des Isthmus von Darien.] Dem Capitän Selfridge ist es gelungen, eine leichter ausführbare Route für den zu bauenden Canal durch den Isthmus von Darien zu finden, als die von der zu diesem Zweck im Jahre 1871 ausgesandten Expedition bezeichnete. Damals wurde die Route vom Aratofusse durch eine Hügelreihe hindurch nach dem Flusse Napiji gewählt. Der Canal würde alldann 30 Meilen lang gewesen sein, hätte einen fünf Meilen langen Tunnel erordert und 85 Millionen Dollars gekostet. Die vom Capitän Selfridge entdeckte Route beginnt am Doguado, einem Nebenflusse des Napiji, verläßt die Länge des Canals um zwei und die Länge des Tunnels ebenfalls um zwei Meilen und verringert die Kosten um 15 Millionen Dollars. Zudem ist diese Linie nicht so schwer ausführbar und die ganze Schwierigkeit des Baues beschränkt sich eigentlich nur auf eine Strecke von sechs Meilen. Die Regierung von Peru hat ebenfalls eine Expedition ausgesandt, welche mit Capitän Selfridge cooperiren soll. Die peruanische Regierung gedenkt auch einen Theil der Baukosten zu tragen, wenn erst der Bau wirklich einmal beschlossen ist.

[Ausstellung in Philadelphia.] Im Jahre 1876 soll bekanntlich in Philadelphia eine sehr großartige Ausstellung stattfinden und die Amerikaner erwarten natürlich die Mithilfe anderer Länder, aber sie beschränken auch, daß die absehenden Einfuhrzölle viele abhalten werden, die Ausstellung zu besuchen. Um dem Mißstande abzuhelfen, wurde beschlossen, Waaren, welche zur Ausstellung kommen sollen, als im Bond befindlich zu betrachten und sie erst dann einem Zoll zu unterwerfen, wenn sie etwa im Lande verkauft werden. Der Platz für den Bau ist schon ausersehen und er hat Raum für das

größte Gebäude, das bis jetzt noch zu Ausstellungszwecken errichtet worden ist.

[Ueber den Krieg gegen die Modoc-Indianer] wird den „Times“ von ihrem amerikanischen Correspondenten gemeldet, aus Kalifornien verlautet nichts Neues mit Bezug auf den Modoc-Krieg, da die Lage der Dinge seit dem neulichen Gefecht dieselbe geblieben sei. Die angestrebten Modocs, welche den Hinterhalt legen, sollen, wie es jetzt heißt, nicht mehr als 35 Mann stark gewesen sein, und man glaubt, daß „Capitän Jack“ über nicht viel mehr Krieger verfügt. Die Verluste der Truppen betragen 21 Tödtliche, 18 Verwundete und 6 Vermißte, für deren Sicherheit wenig Hoffnung vorhanden ist. General J. J. Davis, der jetzt das Ober-Commando führt, beabsichtigt vorläufig keine aggressive Bewegung gegen die Modocs vorzunehmen, bevor er nicht die Situation geprüft hat und gründlich vorbereitet ist. Der Präsident und der Kriegs-Secretär haben die Leitung des Feldzugs dem General Schofield, der das Departement Kalifornien befehligt, übertragen. Derselbe hat die volle Befugnis erhalten, nach Gutdünken Verstärkungen nach der Modoc-Region zu senden. Es ist vorgeordnet worden, Hunderte zur Aufspürung der Wilden zu gebrauchen, da diese Thiere in früheren Indianerkriegen mit Erfolg verwendet wurden. Ein anderer Vorschlag geht dahin, den Gouverneur von Oregon zu ermächtigen, Späher und Grenzjäger für einen Feldzug gegen die Modocs anzuwenden, da diese Leute geübte Indianerlampen und wahrscheinlich die einzigen Leute sind, die fähig sind, sich mit den Wilden in ihrer Verhüllung zu messen. Dieser Plan dürfte adoptirt werden. Die Modocs zündeten am Sonntag Abend, den 27. April, dem Abend nach ihrem Siege, ein großes Feuer an, um welches sie in wilder Freude herumtanzten. Einem weiteren Telegramm des amerikanischen Correspondenten der „Times“ zufolge sind die Modocs den Truppen wieder entkommen. Die Mörser waren in Position gebracht, um die Verhüllung zu bombardiren, und die Truppen waren zum Angriff bereit, als die Indianer entliefen. Nun hat die Verfolgung wieder begonnen.

Provincial-Beitrag.

Wien, 29. Mai. [In dieser Woche schon zum zweitenmal] ist die Berliner Correspondenz ausgeblieben! — Am Sonntag wurde uns diese Kunde, indem es hieß, der Berliner Briefbeutel habe sich nach einer ganz anderen Richtung, als der nach Breslau, verkehrt, und heute wird uns abermals mitgeteilt: „Die Berliner Correspondenz ist ausgeblieben“. Am Sonntag war diese Störung eher zu verstehen, da Montag keine Morgen-Nummer erscheint, heute sehen wir uns ohne jede briefliche Nachricht aus Berlin und sind deshalb u. A. genötigt, die Reichstagsverhandlungen den Berliner Zeitungen zu entnehmen, welche sie in sehr abgekürzter Form und auch unvollständig bringen. — Wir hoffen, daß diese Störung nicht epidemisch werden möge.

H. Breslau, 28. Mai. [Bezirksverein der Ober- und Sauerbrunn.] In der gestern Abend abgehaltenen, zahlreich besuchten Versammlung, der auch der Vertreter eines auswärtigen Bürgervereins beizuhohnte, machte der Vorsitzende zunächst Mittheilungen aus den Vorlagen für die in dieser Woche bereits abgehaltenen, theils noch abzuhaltenden Stadtverordneten-Versammlungen. Im Anschluß hieran wurde von Anwesenden, welche den Sitzungen der Stadtverordneten als Zuhörer beizuhohnten, über die Unpünktlichkeit vieler Mitglieder dieser Versammlung, sowie über die neben den Verhandlungen selbst bei wichtigeren Gegenständen meist sehr lebhaft geführte Privatunterhaltung geklagt, welche es dem Zuhörer oft gänzlich unmöglich mache, den Debatten zu folgen. — Demnach wurden einige lokale Uebelstände besprochen und schließlich zur Erörterung der zur Zeit in Vorberathung befindlichen neuen „Straßen-Ordnung“ übergegangen. Es wurde von denselben der erste Abschnitt, der von der „Erhaltung der Sicherheit und Bequemlichkeit auf den öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen“ handelt, erledigt. Die Versammlung mußte anerkennen, daß mehrere von dem Bezirksverein früher bei dem Polizeipräsidenten eingebrachten Anträge, bezüglich einer Verbesserung der Straßenordnung volle Berücksichtigung gefunden haben. Wenn dies betrifft des Antrages noch nicht der Fall, den der Verein unlängst erst beschlossen, daß angeordnet werde, es dürfe bei Häuserbauten die Passage nicht so unvernünftigmäßig lange gesperrt werden, wie dies allermest geschieht, es müsse eine solche vielmehr während des Grundbaues durch Anlage einer Nothpassage nach der Fahrstraße, während des Hobbbaues aber durch Ueberdachung des Bürgersteiges und vollständige Entfernung des Baumaterials vor demselben hergestellt werden, so hofft die Versammlung, daß diesem Antrage bei der Feststellung der Straßenordnung noch die wünschenswerthe Berücksichtigung zu Theil werde. — Die weiteren Vorlagen mußten wegen vorgeschrittener Zeit vertagt werden.

*) Auch den Vertretern der Presse.

Der Ref.

d. Landesbist. 27. Ma. [Zur Tageschronik.] Gestern früh 5 Uhr stürzte sich in Schwermuth eine achtbare junge Bäuerin von 37 Jahren in den Zieherfluß, wo sie alsbald ihren Tod fand. Dieselbe hinterläßt außer ihrem Gatten, 7 Kinder, unter diesen das jüngste 25 Wochen alt. Vor kurzem kündigt bei dieser evangelischen Stabschule der Lehrer der 4ten Klassenklasse — welche er Herrn C. übernommen — seine Stellung, ließ sich, angeblich wegen Krankheit, sofort vom Unterricht dispensiren, soll sich aber ohne Urlaub alsbald von hier wegbegeben haben. Eine Untersuchung ist eingeleitet. — In der Stadtverordnetenversammlung vom 13. Mai wurde von dem Bescheide des Kultusministers, daß der Staat zur Erreichung der Normalerhalter der Lehrer an hiesiger Realschule jährlich 2000 Thlr. beisteuern will, Kenntniß genommen und beschlossen, wegen den außer dem von der Stadt zuzuführenden Betrages von 1000 Thlr. noch fehlenden 400 Thlr. sich wiederum petitionirend an den Minister zu wenden. Ebenso wurde der mit der Kaiserlichen Ober-Post-Direction proponirte Pachtvertrag wegen Unterbringung des hiesigen Post-Amtes in den Räumen des neu zu erbauenden Rathhauses genehmigt und beschlossen, namentlich das alte Rathhaus abbrechen zu lassen. Demzufolge publicirt der Magistrat unterm 19. Mai, daß wegen der Ausführung des beschlossenen Neubaus das auf dem hiesigen Ringe belegene Rathhaus zum alsbaldigen Abbruch verkauft werden solle, und daß Unternehmungslustige eingeladen werden, ihre Kaufofferten bis 5ten Juni c. an den Magistrat schriftlich einzureichen.

© Tredniz, 24. Mai. [Entgegnung.] Nachdem in Nr. 231 Ihrer geschätzten Zeitung gebracht — Referent (zur hiesigen Behergehaltungs-Frage) dürfte dem unbefangenen Leser der Bedante sehr nahe gelegen haben, als ob die hiesigen angestellten Elementarlehrer als Communalbeamte der städtischen Behörde gegenüber sich in — gegen alle Schidlichkeit verstößenden Aeußerungen — ergangen. Ob die hiesigen Elementarlehrer mit der Klage gegen ihren an sich wirklich traurigen Gehaltsverhältnisse (wie das beigefügte Kreis-Stadtblatt Nr. 39 ergiebt) die städtische Behörde öffentlich angegriffen, resp. absichtlich haben angreifen wollen, ist eine Frage, welche die direct Beistelligen sich selbst beantworten mögen. So viel aber steht fest, daß der „Gehaltsfabrikant“ (der freilich bei den Lehrern ohne Ende sein möchte), gerissen sein mag, als sie vernahmen, daß die Erhöhung der Gehälter sämtlicher hiesigen Communalbeamten (mit Auschluss ihrer) seit Anfang d. J. in Kraft getreten ist und daß trotz zugefügtem Staatszuschuß und trotz gesteigerter Communalabgaben sie immer noch auf die Zahlung der ihnen, wie es im oben erwähnten Referat heißt, „garantirten“ Gehalts-Zuschüsse warten mußten. — Am Einspruch der beistelligen Dorfgemeinden — allein dürfte, (wie Referent wähnt) schwerlich der Grund der so langen Verzögerung der an. Angelegenheit zu suchen sein, da ja die Stadtverordneten-Versammlung bei den im Vorjahre den hiesigen 9 Elementarlehrern bereitwillig gewährten „Zweckungszulagen“ (die aber keineswegs, wie es gleichfalls in dem bereits erwähnten Referat heißt, den Betrag der Gehaltszuschüsse „nicht übersteigen“ haben, da dieselben im Durchschnitt sich auf ca. 40 Thlr. belaufen), ganz und gar nicht nach den sich zur Zahlung weigernden Dorfgemeinden gefragt hat, sondern mit Uebergehung derselben den auf die Stadtgemeinde fallenden Betrag in Höhe von 235 Thaler zur Auszahlung bewilligte. — Im Grundgedanken, der bei dem Militärverhältnis die Strafbestimmungen gegen Collectivbeschwerden hervorgerufen hat, mag der betreffende Referent vollständig Recht haben und läßt es den Leser allerdings „kalt überlaufen“, wenn er aus dem hiesigen Kreis- und Stadtblatt ersieht, wie man hier „diese Vertreter der Intelligenz“ (beliebter Ausdruck des Referenten) heute fast noch ebenso bezahlt, wie vor 20 und 30 Jahren, und freilich scheint es „grel gefärbt“, wenn man liest, daß im Amte bereits ergraute Lehrer als „solche“, nämlich „als Lehrer“, z. B. Corroctor Gr. ..., seit 1834 im Amte, 10 Sgr. 10 Pf.; Lehrer G. ..., seit 1836 im Amte, 14 Sgr. 5 Pf.; Lehrer M. ..., seit 1845 activ, 17 Sgr. 6 Pf.; Lehrer R. ..., seit 1846 im Amte, 16 Sgr. 8 Pf. (der noch geringeren Gehaltsquoten der beiden Cantoren und Organisten gar nicht zu gedenken) täglich als Gehalt beziehen.

Meteorologische Beobachtungen auf der Königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Mai 28. 29.	Therm. 2. U.	Therm. 10. U.	Morg. 6. U.
Außentherm. bei 0°	329° 26	330° 28	330° 62
Luftwärme	+ 10.9	+ 9.0	+ 7.6
Luftfeuchtigkeit	4° 34	4° 38	3° 90
Dunstfälligkeit	85 pSt.	100 pSt.	100 pSt.
Wind	NW. 1	W. 1	NW. 3
Wetter	trübe, Regen.	bedeckt, Regen.	bedeckt, Regen.
Wärme der Ober	7 Uhr Morgens + 8.7.		

Breslau, 29. Mai. [Wasserstand.] D. 16. 16. 6. 8. U. 2. 5. 6. 8.

Breslau, 28. Mai. Unabhängig von äußeren Einflüssen gestaltete sich das heutige Geschäft recht günstig und gab den tatsächlichen Beweis, daß die Lage unseres Marktes keineswegs in der empfindlichen Weise affectirt ist, wie man dies in den jüngsten Tagen wohl befürchtet hatte. Die Pro-longation ließ sich bedeutend leichter effectuiren, da sich hin und wieder ein Stückmangel einstellte, und das Geld war für Ultimozwecke billiger zu erhalten, wozu allerdings auch die Coulang größerer Reporteure beigetragen hatte. Nach der erfolgten Prämienerklärung befestigte sich die Tendenz sehr, die frei werdenden Stücke hatten leicht Unterommen gefunden und glaubt man daher einerseits auf reiche zur Verfügung stehende Geldmittel schließen zu dürfen, andererseits folgerte man daraus, daß auch die noch zu vollziehenden Reportierungen sich leicht und unter nicht allzu-schweren Opfern werden bewerkstelligen lassen. Die Contremine sah sich dem gegenüber veranlaßt, zu Deductionen zu schreiten, wodurch sie sowohl zur Festigkeit des Marktes als auch zum Steigen der Course das ihrige beitrug. Die Speculations-Verthe traten nur in mäßigen Berkehr, bester aber im Verlaufe des Geschäftes ihre Course um mehrere Thaler gegen die Anfangs-Notierungen. Auf die Coursebewegung der österreichischen Credit-Aktien scheinen besonders Deductionen Einfluß gewonnen zu haben. Decker. Bahnen ziemlich rege und meist steigend, wiewohl einige Devisen Josephsbahn u. A., sich matt zeigten; Galizier und österr. Nordwestbahn starr begehrt. Auch österr. Fonds schlossen sehr fest, obgleich der Anfang eher matt gewesen war. Silberre te liebt und anziehend. In auswärtigen Fonds war überhaupt ein recht reger Berkehr. Italiener wurden viel zu geistiger Noth umgelegt; französische Rente zwar niedriger, ward viel in Pro-longation auf nächsten Monat gehandelt. Ähren liebt, auch Amerikaner beliebt. Russische Staats-Effekten recht fest, nur Rsd. St.-Anleihen in einigem Berkehr. Preussische und deutsche Fonds fest, aber still. Pri-oritäten sehr still und eher weichend. Auf dem Eisenbahnen-Markte hatte eine sehr feste Stimmung Platz gegriffen, die sich in Folge des Resultates der Prämienerklärung gegen den Schluss noch besonders verfestigte, auch zeigte sich der Berkehr recht lebhaft und fast alle Devisen zogen im Course an. Von leichten Bahnen waren Bitticher, Nahebahn, Nastrichter und Rumänien am beliebt. Im Prämiengeschäft war die Tendenz fest, er-matete jedoch gegen den Schluss etwas. Eine rechte feste Haltung zeigten Vantactien, die ebenfalls dieselbe im Course anjagen. Die Führerschaft auf diesem Gebiete übernahmen Discout-Comm.-Anst. da in einer gestrigen Aufsichtsraths-Sitzung die Dividende pro 1872 auf 27 pSt. normirt wurde den Reserven konnten trotzdem 3 Millionen Thaler überwiesen werden. Centralbank für Bauten, Centralbank für Industrie, Meiningen, Darmstädter, Schaaffhausen, Duisburg höher und sehr lebhaft; für Leipziger Vereinsbank, Amsterdamer, sowie für Danziger Privatbank erwiesen sich Zwangsverkäufe drückend. Industriepapiere besser und ziemlich lebhaft. Die Kauflimiten sind erhöht, daher zahlreiche Abflüsse zu Stande kamen. (Wanl. u. S.-Zig.)

Wien, 28. Mai. [Wochen-Ausweis der österreichischen Nationalbank.]	
Notenumlauf	342,588,440, Abnahme 2,086,220 Fl.
Metallzahl	143,184,476, Zunahme 8,000 "
In Metall zahlbare Wechsel	4,303,498, Abnahme 36,878 "
Staatsnoten, welche der Bank ge-hören	1,370,659, Zunahme 380,857 "
Wechsel	187,778,385, Zunahme 316,575 "
Commod	42,415,200, Zunahme 3,586,200 "
Eingelste und börsenmäßig ange-kaupte Pfandbriefe	3,912,800, Zunahme 91,800 "

△ Aus Oberschlesien, 20 Mai. [Kohlen-Tariffen und Ver-kehrslagen.] Der viel angesehene Artikel 45 der Reichsverfassung hat binnen Kurzem ein Auztrum seiner Existenz, ja auch noch das sechste Jahr seines Bestandes hinter sich, wiewohl sich für Norddeutschland, und noch immer bestehen selbst auf den verkehrtesten Bahnen und ihren Concurrenzlinien die primitivsten Tarifregulirungen. Wir wollen nicht sagen, daß wir hier in Oberschlesien mit Tariffragen und Verkehrsplagen, namentlich bezüglich des Kohlenverkehrs, besonders beunruhigt sind, vor andern Eisenbahngeliebten, aber den traurigen Ruhm, andern Gegenstand mit Analogieen jener Plagen und Plagen d. n. allfälligen Trost „socios habuisse malorum“ bieten zu können, dürfen wir ohne Annahme beanspruchen. — Zur Rechtfertigung dieses Anspruchs wollen wir heute nur eine „Geschichte“ unserer Tarifverhältnisse erzählen oder vielmehr nach berufenen Gewährsmännern, ange-sehenen Kohlenhändlern und aus eigener Erfahrung wieder erzählen. — Obwohl die Verbindung der Oberschlesischen Eisenbahn und der Rechte-Ober-User-Eisenbahn lange schon hergestellt ist, so besitzen die verbundenen Bahnen doch noch keinen Verbandtarif für Kohlen, welche an Stationen der Rechte-Ober-User-Eisenbahn verladen und nach der Breslau-Posen-Stargarder Bahn, — bekanntlich einer Annexion der Oberschlesischen Eisenbahn — ge-liefert werden. Bei dorthin gehenden Kohlenladungen erhebt die Rechte-Ober-User-Eisenbahn bis Breslau den vollen Frachtfuß, und dann tritt die Oberschlesische Eisenbahn an ihre Stelle, um auch von Breslau den gewöhn-lichen Frachtfuß zu erheben. So kommt es denn, daß der Centner Kohlen von Hedensblid-Gruben, einer Station der Rechte-Ober-User-Eisenbahn, nach Posen ca. 7½ Sgr. kostet, während die Oberschlesische Eisenbahn pro Centner Kohlen von Rattowitz nach Posen nur 4½ Sgr. tarift. Eine solche Frachtdifferenz macht es der Rechte-Ober-User-Eisenbahn unmöglich, Kohlen nach der Breslau-Posen-Stargarder Bahn zu führen, und dieser Kiegezustand zwischen den beiden Hauptbahnen Oberschlesiens schließt alle Kohlenruben, welche an der Rechte-Ober-User-Eisenbahn liegen, von der Concurrenz über Breslau nach Posen und Stettin hin absolut aus. — Nach Stettin existirt allerdings ein Special-Tarif der Rechte-Ober-User-Eisenbahn für Kohlen, doch nur auf dem Papiere oder für Kohletransporte als Karitäten oder Absonderlichkeiten. Denn der betreffende Tarifsch steht pro Ctr. Kohlen um 1½ Sgr. höher als für dieselben Entfernungen auf der Oberschlesischen Eisenbahn. Antant daß der Rechte-Ober-User-Eisenbahn ge-liefert ist, von Breslau ab gen Posen-Stettin zu demselben Frachtfuß zu fahren, muß sie z. B. von Hedensblid-Gruben nach Stettin — über Berlin transportiren und für 91.5 Meilen 7.96 Sgr. pro Ctr. ergeben, während die Oberschlesische Eisenbahn z. B. von Königsgrube nach Stettin, für eine Entfernung von nur 73.4 Meilen, nur 6.25 Sgr. pro Ctr. Kohlen tarift. Weil kein Verbandtarif zwischen den feindlichen Eisenbahngewerkern besteht, muß die Rechte-Ober-User-Eisenbahn einen Umweg von 18 Meilen über Berlin machen! — Natürlich stellen sich dann auch für den Kohlenverkehr und da-mit auch für den Kohlenconsum Verhältnisse heraus, wie sie an folgender d. n. Jahresberichte beider Eisenbahnen pro 1871 entnommenen Zusammen-stellung sichtbar werden einerseits in der Qualität, andererseits in der Fracht-einnahme des Kohlenverkehrs. Im Jahre 1871 kamen auf den directen Berkehr der Oberschles. Eisenbahn, Rechte-Ober-User-Eisenb. mit der Ctr. Fracht Thlr. Ctr. Fracht Thlr.

Stargard-Posener Bahn	1,779,404	129,927	—	—
Bresl.-Pos.-Glog.	2,909,219	265,923	—	—
Wilhelms-	778,046	39,974	—	—
Neisse-Brieger-	1,569,145	146,176	—	—
Oberschlesischen	—	—	—	—
Rechte-Ober-User-	—	—	—	—
Berlin-Stettiner	86,679	14,451	396	29 1/2
Königliche Ost-	119,197	20,269	759	55 1/2
Märkisch-Posener	133,975	10,680	1,936	182
Niederb.-S.-Zweig-	161,185	16,439	—	—
Bresl.-Schm.-Freib.	102,411	6,729	95,786	3,184
Niederschles.-Märk.	12,708,184	835,091	1,614,252	129,328
Sächs. Staats-	1,414,804	103,274	11,715	1,371 1/2
Leipziger-Dresdener	43,601	3,797	3,762	295 1/2

Was die Concurrenz im Eisenbahntransport bewirkt, sehen wir hier in der zifferleeren Partie der Rechte-Ober-User-Eisenbahn: sollten die Kohlen-gruben, welche an dieser Bahn liegen, nicht dasselbe Recht haben, nach der Stargard-Posener und den andern Zweiglinien der Oberschlesischen Eisenbahn Kohlen zu liefern als die Gruben der letztern Bahn? — Wenn die Oberschlesische Eisenbahn nicht nach einseitigen, sondern nach rationell wirth-schaftlichen Prinzipien dem Kohlenbedarf gerecht werden will und soll, — und sie soll und muß es, wenn der Staat, der sie concessionirt hat, nicht selbst

eine Sünde irrationeller Staats- und Volkswirtschaft begangen haben will, — so muß sie verpflichtet sein, ihre sämtlichen Zweiglinien zu denselben Tarifätzen, welche sie erhebt, auch der Rechte-Ober-User-Eisenbahn zur Dis-position zu stellen. Hat sie diese Verpflichtung nicht, so ist die Concessionierung der Rechte-Ober-User-Eisenbahn politisch und wirthschaftlich eine Maßregel, welche dem vernünftigen Sinne des Schlußsatzes des Art. 44 der Reichs-Verfassung widerspricht.

Nach diesem Schlußsatze sind die Eisenbahn-Verwaltungen verpflichtet, — auch directe Expeditionen im Personen- und Güterverkehr unter Ge-lattung des Ueberganges der Transportmittel von einer Bahn auf die andere gegen die übliche Vergütung einzurichten.

Der Ausdruck „gegen die übliche Vergütung“ kann allerdings verschieden ausgelegt werden. Er kann bedeuten die übliche Vergütung für die Ben-utzung der Transportmittel (Waggons), also etwa Wagenm. etc., oder auch überhaupt Bahn- oder Fahrgehl., d. i. Vergütung, welche die über-gehenden Transportmittel für die Benutzung der fremden Bahn, ihrer Bau-anlagen, ihrer Zugkraft, ihres Betriebs-Personals u. s. w. zu zahlen haben sollen. In beiden Fällen kann die Vergütung nur geringer sein, als der Binnentarif der Uebergangsbahn, in beiden Fällen wird sich der Frachtfuß auf den Betrag des directen Berkehrstarifs ermäßigen. Unter der üblichen Vergütung kann eben vom practischen Standpunkte aus kein anderer Ver-trag verstanden werden, als der Theil des directen Tarifsatzes, welcher aus-bie von der ersten Uebergangstation ab benutzte Bahnstrecke fällt, also z. B. bei der Oberschlesischen Eisenbahn, — welche sogar nach ihrem Social-An-nahme-Tarif pro Centner Steinkohlen in Wagenladungen selbst in ihre höchsten Stufen, nämlich für die Tour Emanuelstegen-Stargard nur 6.42 Sgr. und Laßitz-Stargard nur 6.43 Sgr., davon 3.65 Sgr. bis Breslau erhebt, würde die „übliche Vergütung“ pro Centner von Breslau bis Stargard nur 2.77 resp. 2.78 Sgr. betragen. Die Rechte-Ober-User-Eisenbahn erhebt pro Centner Steinkohlen von Emanuelstegen bis Breslau nur 3.48 Sgr. und von Hedensblid- und Hohenjollern-Grube nur 3.36 Sgr., würde also ober-schlesische Steinkohlen, bei dem Sage von 2.78 Sgr. für die Strecke Breslau-Stargard der Oberschlesischen Eisenbahn, den Centner schon für 6.26 Sgr. von Emanuelstegen und für 6.14 Sgr. von Hedensblid und Hohenjollern nach Stargard legen können. Gewährt man der Oberschlesischen Eisenbahn selbst 3 Sgr. pro Centner für die Strecke Breslau-Stargard 44.6 Meilen, so erreichte der Tarif der Rechte-Ober-User-Eisenbahn immer noch nicht 6.70 Sgr. pro Ctr., während er jetzt über Berlin nach Stettin 7.96 Sgr. beträgt. Da die Rechte-Ober-User-Eisenbahn der Oberschlesischen Bahn für den Transport über Breslau hinaus die Kohlenwagen stellt, so läßt sich eine höhere Vergütung als 3 Sgr. pro Centner billiger Weise gar nicht verlangen.

Wäre der Normalfuß von 3 Sgr. pro Centner für die ganze Strecke Breslau-Stargard 44 Meilen zu Grunde gelegt auch für die Zwischen-Stationen der Breslau-Posen-Stargarder Bahn, so stellten sich die Koh-lenfrachten der Rechte-Ober-User-Eisenbahn bei Transporten nach jenen Sta-tionen, in der Zusammenfassung des Tarifs der Rechte-Ober-User-Eisenbahn bis Bresla: mit dem Durchschnittssatze von 3 Sgr. für die Gesamtstrecke Breslau-Stargard, d. i. 0.682 Sgr. pro Centner und Meile, wie in dem folgenden Tableau näher angegeben ist. *) Die Tarifsätze sind überall den bezüglichen officiellen Publicationen der beiden Eisenbahnen entnommen und ergänzen sich natürlich durch die Zuschläge, welche von den Uebergangs-Transporten der Oberschlesischen Eisenbahn auf Stationen der Rechte-Ober-User-Eisenbahn z. B. Emanuelstegen und Larnowitz, erhoben werden. Vergl. Nachtrag 1. zu dem Tarif der Rechte-Ober-User-Eisenbahn vom 1. Novbr. 1871, in Kraft seit 1. Januar 1872. — Frachtsätze der Rechte-Ober-User-Eisenbahn pro Centner Steinkohlen auf der Tour

nach	Breslau	Poln.-Lissa	Posen	Stargard
von	Meil. Sgr.	Meil. Sgr.	Meil. Sgr.	Meil. Sgr.
Larnowitz	23.3 3.10	36.0 3.97	45.3 4.60	67.9 6.10
Beuthen	25.3 3.36	38.0 4.23	47.3 4.86	69.9 6.36
Hedensblid-Grube ..	— 3.36	— 4.23	— 4.86	— 6.36
Hohenjollern-Grube ..	— 3.36	— 4.23	— 4.86	— 6.36
Chorzow	25.9 3.36	38.6 4.23	47.9 4.86	70.5 6.36
Laurahütte	26.7 3.36	39.4 4.23	48.7 4.86	71.3 6.36
Schoppinitz (Wodzin) ..	27.5 3.48	40.2 4.35	49.5 4.98	72.1 6.48
Emanuelstegen	29.0 3.52	41.7 4.39	51.0 5.02	73.6 6.52
Königsgrube Chorzow ..	26.3 3.57	39.0 4.44	48.3 5.07	70.9 6.57
Karolinen-Grube via ..	—	—	—	—
Schoppinitz	27.9 3.63	40.6 4.50	49.9 5.13	72.5 6.63
Laßitz von Tichau ..	31.6 3.65	44.3 4.52	53.9 5.15	76.2 6.65
Tichau	30.0 3.52	43.0 4.39	52.3 5.02	74.9 6.52
Blöb	32.8 3.52	45.5 4.39	54.8 5.02	77.4 6.52
Djieditz	33.9 3.52	46.6 4.39	55.9 5.02	78.5 6.52

Mit diesen Sätzen würden die Frachten der Rechte-Ober-User-Eisenbahn noch immer höher stehen als die der Oberschlesischen Bahn. Doch diese Differenz ließe sich rechtserfichtigen schon durch die Ermüdung, daß die Rechte-Ober-User-Eisenbahn eben auf fremdem Geleise zu fahren genöthigt ist, und daß es Sache der betr. fenden Kohlenruben sein würde, die Frachtdifferenz durch mäßiger Kohlenpreise auszugleichen.

Die von echt staatsmännischem Geiste und praktisch staats- und volks-wirtschaftlichen Grundätzen getragenen und durchleuchteten Reden, mit welchen der Herr Handelsminister Dr. Wenbach seinen Amtsantritt in beiden Häusern des Landtags inaugurierte, geben uns die Zuversicht, daß der Kohlenverkehrs-Sperre, welche zwischen den beiden Hauptbahnen Ober-schlesiens durch eine ebenso unpolitische als unwirtschaftliche Tarifregulirung, durch Tarif-Isolirung, zum Nachtheile der davon betroffenen Kohlen-Production und Consumption noch immer besteht, endlich ein Ende gemacht werden wird. Der Herr Handelsminister könnte hier beistelligen, daß er Staats- und Privatbahnen „mit gleichem Rechte und gleichem Sätzen behandeln werde“. Die unter Staatsverwaltung stehende Ober-schlesische Bahn ist in der That so reich mit „Licht“ begeset, daß sie der Rechte-Ober-User-Eisenbahn ohne allen Schaden den spärlichen Lichtstrahl gönnen kann, den wir für diese mit der Tarif-Gemeinschaft auf der Breslau-Posen-Stargarder Bahn fordern. Diese Forderung zu realisiren, giebt Art. 44 der Reichs-Verfassung dem Herrn Handels-Minister ebenso gutes Recht als dringenden Anlaß.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolffs Telegr.-Bureau.)

Wien, 28. Mai. Der Plan betreffend die Gründung eines Syn-dikats, welches die Durchführung der Liquidation von Instituten, die sich auflösen wollen, übernehmen sollte, wurde an heutiger Wöfe leb-haft besprochen, ohne daß jedoch direct Schritte zur Verwirklichung dieses Planes, welcher durchaus noch im Stadium der Vorbesprechung blieb, geschähen. Inzwischen fanden Executionen von und gegen Banken statt, und ist diesem Umstande das Sinken mehrerer Bank-papiere und Bauactien zuzuschreiben. Eisenbahncarten, Rente, 1860er Loose wurden dagegen in Posen für inländische Rechnung gekauft.

Wien, 28. Mai. Beim Finanzminister hat eine Conferenz statt-gefunden, an welcher die Vertreter der Kreditanstalt, der Bodenkredit-anstalt, der Escomptebank und der Anglobank sowie Wodianer und Winterstein theilnahmen. Die genannten Vertreter erklärten, wie die „Neue freie Presse“ meldet, daß die bisherigen Maßnahmen der Re-gierung, nämlich die Suspension der Bankactien und die Abberlan-gung der Korbkanten als das zweckentsprechendste anzusehen seien, was die Regierung thun konnte. Bezüglich der von der Haute Finance vorzunehmenden Schritte fand der Plan am meisten Anklang, wonach ein mit 30 bis 50 Millionen zu bildender Kreditverein Wechsel reemphiren und Papiere kaufen solle. Die Geldmittel für diesen Kreditverein hätte die Nationalbank auf Grund von Wechseln des Kreditvereins zu beschaffen. Die „Neue freie Presse“ hält einen ihr von anderer Seite zugekommenen Plan für ersprießlicher, wonach be-hufs der Verhinderung von Executionenverkäufen eine Art Garantie-Syndikat zur Uebernahme der executirenden Effecten zu bilden wäre. Das Blatt constatirt, daß die einzelnen großen Institute noch immer Einlagen zurückweisen, so daß das in Wien momentan brach liegende Geld ohne Uebertreibung auf 50 Millionen taxirt werden könne; auch sei die bisherige geringe Forderungszahlung der verfügbaren Geldmittel der Nationalbank höchst auffallend.

Als fest beschlossen bestätigt sich die Liquidation der Wiener Mater-bank, Industrialbank, Börsenwechselbank (nicht zu verwechseln mit *) Es sind hier nur die Hauptstationen der Posen-Stargarder Bahn als Beispiele vorgeführt.

Wiener-Börsenbank und Borsenbank. — Die Nachricht über die Einzahlungsforderung der österreichischen Bank wird demontirt. (Weiterer Ausführung der in Nr. 245 enthaltenen Depesche.)

Peft, 28. Mai. Der „Pester Lloyd“ meldet, daß die Nationalbank morgen über die Bewilligung einer weiteren Erhöhung der Detention für Ungarn entscheiden wird, und versichert, daß nach den stattgefundenen Verhandlungen zwischen dem ungarischen und österreichischen Finanzminister und den maßgebenden Bankpersönlichkeiten die volle Berücksichtigung Ungarns zuversichtlich schon vor dem Ultimo zu erwarten sei. Pester Platz würde längstens übermorgen weitere zwei Millionen erhalten.

Paris, 28. Mai, Abends. Die Majorität der Nationalversammlung ist, um der Wiederkehr von Regierungskrisen vorzubeugen, dem Vernehmen nach entschlossen, dem Präsidenten der Republik die Nichtverantwortlichkeit zuzuschreiben, und die Fortdauer der Gewalt auf fünf Jahre festzusetzen. General Chanzy hat einen Tagesbefehl an sein Armeekorps gerichtet, in welchem er die Ernennung Mac Mahons zum Präsidenten der Republik anzeigt und auspricht, daß die Geschicke des Landes in keine loyalere Hand hätten gelegt werden können. Die Wahl sei eine Ehre für die Armee. Das siebente Corps werde sie zu recht fertigen wissen, durch Pflichtgefühl, Disziplin und Patriotismus. Morgen findet zwischen dem Finanzminister, dem Handelsminister und dem Vorsitzenden der Tariffcommission eine Besprechung über die Mittel zur Aufhebung der Gefese über die Besteuerung der Rohstoffe oder wenigstens zur Herabsetzung der Tariffbestimmungen statt.

Neuenburg, 28. Mai. Die Minderheit des großen Raths hat beim Bundesrathe gegen den Beschluß des großen Raths, das neue Kirchengesetz nicht zur Volksabstimmung zu bringen, Recurs eingelegt.

Bern, 28. Mai. Der große Rath von Bern hat bei der Beratung der Kirchengesetze die Einführung der obligatorischen Civilehe mit großer Majorität angenommen. In derselben Sitzung beantragten 42 Mitglieder eine neue Vorlage des vom Volke verworfenen Gesetzes betreffend die Erhöhung der Besoldungen.

Rom, 28. Mai. Das „Giornale di Roma“ demontirt die Nachricht, daß der französische Gesandte beim hiesigen Hofe, Fournier, seine Entlassung gegeben habe.

Rom, 28. Mai. Die Kaiserin von Rußland begab sich heute mit den Großfürstinnen Maria Alexandrowna und Maria Nicolajewna, dem Prinzen von Hessen und einem zahlreichen Gefolge nach dem Vatican und wurde mit den Großfürstinnen von dem Papste in einer Privataudiens empfangen, nach welcher sie demselben ihre Begleitung vorstellte. Der Prinz von Hessen und der Fürst Sardinien statten hierauf dem Cardinal Antonelli einen Besuch ab. — Später überlieferte der Papst der Kaiserin ein prächtiges Bouquet.

Telegraphische Course und Börsennotizen.

Paris, 28. Mai, Nachmittags 3 Uhr. [Schluß-Course.] 3proc. Rente 56, 60. Anleihe de 1871 89, 00. Anleihe de 1872 90, 25. Ital. 5proc. Rente 62, 70. do. Tabakactien 792, 50. Franzosen (gekauft) 755, 00. do. neue. —. Deferr. Nordwestbahn. —. Lomb. Eisenbahn-Aktien 423, 75. do. Prioritäten 255, 50. Aktien de 1865 53, 25. do. de 1869 31, 50. Aktienloose 171, 25. Colbagio —. Fests.

London, 28. Mai, Nachmittags 4 Uhr. Consols 93 1/2. Italienische 5proc. Rente 61 1/2. Lombarden 16 1/2. 5proc. Rente 1871 94 1/2. 5proc. Rente 1872 94. Silber —. Ärt. Anleihe de 1865 52 1/2. 5proc. Aktien de 1869 61 1/2. 5proc. Aktienloose 88. 5proc. Verein. St. pro 1882 90 1/2. Berlin —. Hamburg 3 Monat —. —. Frankfurt a. M. —. Wien —. Paris —. Petersburg —. Deferr. Silberrente —. Deferr. Papierrente —. Platzdiscount —. a — pSt. Aus der Bank fließen heute 70,000 Pfd. Sterl.

Frankfurt a. M., 28. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Lomb. Wechsel 117 1/2. Pariser do. 91 1/2. Wiener do. 103 1/2. Franzosen *) 338 1/2. Hess. Ludwigsbahn 166. Böhmisches Westbahn 228. Lombarden *) 192 1/2. Galizier 222 1/2. Elisabethbahn 245 1/2. Nordwestbahn 217. Oregon 29. Creditactien *) 293 1/2. Russ. Bodencredit 89 1/2. Russen 1872 91. Silberrente 63 1/2. Papierrente 59 1/2. 1860er Loose 90 1/2. 1864er Loose 169 1/2. Naab-Gräzer 78 1/2. Amerikaner de 82 95 1/2. Darmst. Bank 425 1/2. Deutsch-östr. Bank 104 1/2. Prob.-Discount-Gesellschaft 140 1/2. Brüsseler Bank 105 1/2. Berliner Bankverein 123 1/2. Frankf. Bankverein 124 1/2. do. Wechselbank 88 1/2. Nationalbank 989. Meininger Bank 130. Schiffische Bank —. Sahn Effectenbank 123 1/2. Continental 109. Süddeutsche Immobilien-Gesellschaft 116 1/2. Hibernia 116 1/2.

Die Börse war Anfangs recht matt, nahm allmählich aber auf die Meldungen von Berlin bei steigenden Courten ein lebhafteres Aussehen an. Geld war vorhanden, jedoch theuer und Abgeber wählerisch. Nach Schluß der Börse: Creditactien 298. Franzosen 341 1/2. Lombarden 193 1/2. Silberrente —. Darmstädter Bankactien —.

*) per medio resp. per ultimo.

Dresden, 28. Mai, Nachmittags 2 Uhr. Creditactien 168 1/2. Lomb. 109 1/2. Silberrente 63 1/2. Sächsische Creditbank 103 1/2. Sächsische Bank (alte) 147. do. (junge) 140. Leipziger Credit 172 1/2. Dresdener Bank 95 1/2. Dresdener Wechselbank 102. Dresdener Handelsbank 78 1/2. Sächsische Bankverein 87. Deferr. Noten 89 1/2. Raubhammer —. Fests.

Frankfurt a. M., 28. Mai, Abends. [Effecten-Societät.] Amerikaner 95. Creditact. 298 1/2. 1860er Loose 91. Franzosen —. Staatsbahn 343 1/2. Lombard. 194. Galizier 222 1/2. Silberrente 64. Papierrente —. Nationalbank 986. Frankfurter Bankverein —. Deutsch-österreichische Bank 105 1/2. Sahn'sche Effectenbank 124 1/2. Nordwestbahn —. Meininger Bank —. Continental 110. Bankactien —. Elisabethbahn —. Hibernia —. Franz-Josephbahn —. Böh. Westbahn 231. Sehr fest.

Berliner Börse vom 28. Mai 1873.

Wechsel-Course.			
Amsterdam 250 Fl.	K. S. 5	158 1/2	bs.
do. do.	2 M. 5	137 1/2	bs.
Hamburg 300 Mk.	K. S. 4	—	—
do. do.	2 M. 4	—	—
London 1 Lst.	2 M. 6	6 1/8	bs.
Paris 100 Fr.	2 M. 5	—	—
Wien 100 Fl.	2 M. 5	88 1/2	bs.
do. do.	2 M. 5	88 1/2	bs.
Angsb. 100 Fl.	2 M. 5	56 1/2	G.
Leipzig 100 Thlr.	2 M. 5	99 1/2	G.
do. do.	2 M. 4	—	—
Frankf. a. M. 100 Fl.	2 M. 5	—	—
Petersburg 100 R.	3 M. 4	88 1/2	bs.
Warschau 90 R.	3 M. 4	80 1/2	bs.
Bremen	3 M. 4	—	—

Fonds und Gold-Course.							
		Kronpr.-Rudolfst.	5	5	72 1/2	bs.	
		Ludwigsh.-Bxb.	11 1/2	11	4	188 05	Bz.
		Märk.-Posener . .	0	0	4	48 1/2	bs
		Magdeh.-Halberst.	8 1/2	—	4	126 1/2	bs
		Magdeh.-Leipzig .	16	4	4	236 1/2	bs
		do. Lit. B.	—	4	4	96 1/2	bs
		Mainz-Ludwigshaff.	11	11 1/2	4	164 1/2	bz
		Ndrschl.-Märk. .	4	4	4	94 1/2	Bz.
		Ndrschl.-Zweib.	16	—	4	—	
		Oberchesch. A. u. G.	13	13 1/2	3 1/2	177 1/2	bz
		Oest.-Fr.-St.-B.	13 1/2	13 1/2	3 1/2	164 05	bz
		Oester-Nordwest .	12	12	5	134 05	bz
		Oest.-Südwest . .	5	5	5	124 25	bz
		Oest. südl. St.-B.	4	4	5	109 01 1/2	bz
		Oestrussa, Südb.	0	0	4	42 1/2	bs
		Rechte O.-U.-Bahn	3	—	5	120 25	bs
		Reichenberg-Pard.	4 1/2	4 1/2	4 1/2	73 1/2	bz
		Rheinische	10 1/2	10 1/2	3	138 1/2	ag 1/2
		Rhein-Nahe-Bahn .	0	0	3	37 1/2	bs
		Rumän. Eisenb.	5	—	5	41 1/2	bs
		Schweiz, Westbahn	2	—	4	46 1/2	bs
		Stargard-Posener .	4	4 1/2	4	90 1/2	bz
		Thüringer	10 1/2	10 1/2	3	135 1/2	bs
Freiw. Staats-Anleihe	4 1/2						
Staats-Anl. 4 1/2 %ige	4 1/2	99 1/2	G				
do. do. consolid.	4 1/2	104 05					
dito 4 1/2 %ige	4 1/2	95 1/2	bs.				
Staats-Schuldenschein	3 1/2	88 1/2	bs.				
Präm.-Anleihe v. 1866	3 1/2	124 1/2	G.				
Berliner Stadt-Obliq.	3 1/2	100 1/2	bs.				
Öst.-Münd. Prämienosc.	3 1/2	91 1/2	bs.				
„ Berliner	4 1/2	99 1/2	B.				
Central-Roden-Gr.	4 1/2	100 1/2	B.				
do. Unkündb.	4 1/2	104 1/2	bz.G.				
Pommersche	3 1/2	91 1/2	G.				
Posensche	4	89 1/2	bz.G.				
Schlesische	3 1/2						
Kur-u. Neumärk.	4	93 1/2	G.				
Pommersche	4	94 1/2	bs.				
Posensche	4	92 1/2	G.				
Frankische	4	93 1/2	G.				
Westfal. u. Rhein.	4	95 1/2	bs.				
Schlesische	4	96 1/2	bs.				